

Blick. Wer bei uns Material zum Zivildienst bestellt, erhält umfangreiche Informationen, wie man schnell auf den richtigen Zivildienstplatz kommt. Ein »Leitfaden zum geschickten Umgang mit der Wehrpflicht« enthält eben Hinweise, wie in einer extrem ungerechten Wehrpflichtsituation der Dienst vermieden werden kann.

Zum täglichen Geschäft der Zentralstelle KDV gehört es, mit dem Bundesamt für den Zivildienst über Beschleunigungen von Anerkennungs- und Einberufungsverfahren in Einzelfällen zu verhandeln. Das passiert, wenn Dienstpflichtige möglichst schnell in den Zivildienst wollen. Knapp die Hälfte der Ratsuchenden wendet sich an die Zentralstelle KDV, weil sie möglichst schnell als Kriegsdienstverweigerer anerkannt werden und möglichst schnell in den Zivildienst oder andere Ersatzdienste will. Wir unterstützen diese Menschen nicht nur als Einzelfälle, sondern ebenso auf der Lobbyebene. Wir verhandeln seit über einem Jahr mit dem Ministerium darüber, dass eine Internetplattform für tatsächlich freie Zivildienstplätze geschaffen wird, damit die Platzsuche und damit der Zugang zum Zivildienst erleichtert wird. Unser Vorschlag lautet: Dienstpflichtige, die freiwillig Zivildienst leisten wollen, werden vom Bundesamt und den Verwaltungsstellen Zivildienst besser als bisher bei der Suche nach geeigneten Dienstplätzen unterstützt.

Bisher gibt es für manche Dienstwillige erhebliche Schwierigkeiten, freie Zivildienstplätze zu finden. Das Bundesamt für den Zivildienst, die Zivildienstgruppen und die Zivildienstverwaltungsstellen der Wohlfahrtsverbände werden verpflichtet, ihr Unterstützungssystem für stellensuchende Dienstpflichtige zu überprüfen und zu verbessern. Es wird zusätzlich eine Internetplattform für tatsächlich freie und zu besetzende Zivildienstplätze

eingrichtet. Jeder Dienstpflichtige wird vom Bundesamt für den Zivildienst über das Einplanungssystem informiert und motiviert, sich freiwillig im Zivildienst oder im Freiwilligen Jahr zu engagieren.

Solche Forderungen bringen uns natürlich die Kritik der Wehrpflichtgegner ein. Wer gegen die Wehrpflicht sei, dürfe nicht das Wehrpflichtsystem verbessern helfen. Mit dieser Kritik müssen wir ebenso leben wie mit Deiner Kritik. Wir sind gegen die Wehrpflicht, mit der Menschen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Wir sind gegen die Wehrpflicht, mit der Menschen unter Androhung von Gefängnis gezwungen werden, in den Krieg zu ziehen oder im Zivildienst diesen Krieg tatkräftig zu organisieren und zu unterstützen. Wir sind gegen die Wehrpflicht, mit der Menschen unter Androhung von Gefängnis gezwungen werden, gegen ihr Gewissen zu handeln.

Die Zentralstelle KDV ist aber nicht dem Kampf gegen die Wehrpflicht verpflichtet, sondern der Freiheit der Gewissensentscheidung. Sie instrumentalisiert nicht. Sie informiert. Wie der Einzelne mit diesen Informationen umgeht, bleibt ihm und seinem Gewissen überlassen.

Wenn aber – wie zurzeit – Kriegsdienstverweigerer durch staatliches Handeln massiv benachteiligt werden, dann werden wir nicht müde werden, gegen diese Benachteiligung anzugehen. Und wir werden alle darüber informieren, wie sie sich vor diesen Benachteiligungen jedenfalls einigermaßen schützen können.

Ich hoffe, wir bleiben im Gespräch. Und ich würde mich freuen, wenn Du meine Antwort an die KDV-Beistände in Deiner Diözese weiterleiten würdest.

Mit freundlichen Grüßen – Peter Tobiassen, Geschäftsführer der Zentralstelle KDV



## Helmut Stein

### »Wer heute so berät wie früher, schadet den Kriegsdienstverweigerern«

In Kenntnis der Kontroverse zwischen der Zentralstelle KDV und Hans Rehm (Katholische Zivildienstseelsorge) über die »richtige« KDV-Beratung in Zeiten einer veränderten Wehr- und Zivildienstsituation möchte ich aus unserer Sicht einige Bemerkungen machen.

Zum besseren Verständnis zunächst einiges über uns selbst und unsere Arbeit:

Seit 26 Jahren beraten wir als 18-köpfiges Maintal-Hochstädter KDV-Beratungsteam ehrenamtlich Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen. An unserer regelmäßig stattfindenden festen wöchentlichen Beratung (Dauer: etwa 1,5 bis 2,5 Stunden) nehmen im Normalfall zwischen 20 und 30 junge Männer teil, zu den im Abstand von wenigen Wochen stattfindenden »überregionalen« Beratun-

gen kommen fast immer 60-80 Teilnehmer aus dem Main-Kinzig-Kreis und der gesamten Rhein-Main-Region.

Ich erwähne dies, weil es ja immer heißt, KDV-Beratung sei nicht mehr nötig oder nachgefragt, weil das Anerkennungsverfahren so »leicht« sei. Unsere Erfahrung zeigt, dass dort, wo ein ernsthaftes inhaltliches Angebot gemacht wird, dieses auch genutzt wird. Nie allerdings haben wir unser Beratungsangebot nur verstanden als bloße Hilfe zur »Anerkennung« als Kriegsdienstverweigerer. Die »Anerkennung« ist bis zum heutigen Tage bestenfalls ein Abfallprodukt unserer Beratung (im Rahmen allgemeiner Friedensarbeit). Viel wichtiger hingegen ist uns das Ziel der Schärfung einer ethischen Grundhaltung, die der Idee der Kriegs-

dienstverweigerung nahe kommt, und das Bewusstmachen, dass es sich bei Themen wie Wehrpflicht, Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst um juristische Verfahren handelt, die ganz bestimmten Regeln unterliegen, die man als Verweigerer kennen und mit denen man sich beschäftigen sollte.

Als jemand, der in der Vergangenheit hunderte junge Männer zu ihren Verhandlungen vor Ausschüssen, Kammern und Verwaltungsgerichten begleitet hat, will und kann ich diesen Anspruch nicht aufgeben. Zur ernsthaften Wahrnehmung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung gehört (wie es in vielen Bescheiden früher hieß) die rechtzeitige Information darüber und die intensive Auseinandersetzung mit dem Wesen und der Bedeutung (persönlich und gesellschaftlich) einer Gewissensentscheidung wie der Kriegsdienstverweigerung.

### ■ Umstellung der KDV-Beratung aufgrund geänderter Rahmenbedingungen

Etwa 23 Jahre lang (von 26 Jahren) haben wir allen jungen Männern geraten (um keine Zeit zu verlieren), Musterungen vorzuziehen, KDV-Anträge rechtzeitig zu stellen, die Anerkennungsverfahren zügig zu betreiben und sich nach der Anerkennung schnell eine Zivildienststelle zu suchen und den Zivildienst abzuleisten. Würde man junge Männer heute in gleicher Weise so beraten, würde man alle massiv zu ihrem eigenen persönlichen Nachteil beraten. Wir haben deshalb unsere Beratung seit etwa drei Jahren geteilt in einen »Informationsteil« (über die veränderte Wehr- und Zivildienstsituation) und einen »KDV-Beratungsteil«.

Die vorherige Information erscheint uns nötig, da nach wie vor die meisten jungen Männer denken, alle müssten irgendeinen staatlichen Dienst leisten. Sie haben zwar schon gehört, dass »das mit der Wehrpflicht nicht mehr so ist wie früher«, Genauer wissen sie aber eher selten. Wir informieren deshalb zunächst ganz neutral darüber, dass von den 415.000 jungen Männern jährlich nur noch etwa 60.000 für den Wehrdienst benötigt werden. Mit »allgemeiner Wehrpflicht« hat dies nur noch wenig zu tun. Allein durch die Tatsache, dass so viele den Kriegsdienst verweigern, wird der Anschein erweckt, es gäbe noch so etwas wie Wehrgerechtigkeit und Gleichbehandlung. In diesem Sinne tragen ausgerechnet die Kriegsdienstverweigerer (und der Zivildienst) dazu bei, dass die Wehrpflicht nicht abgeschafft wird. Trotz der vielen Verweigerer bleiben aber immer noch rund 50 Prozent aller jungen Männer übrig, die weder Wehr noch Zivildienst leisten müssen.

Obwohl man oft denkt, diese Zahlen seien heute auch dem Letzten bekannt, stellen wir oft fest, dass diese Informationen für die meisten jungen Männer weitgehend neu sind. Viele ändern deshalb ih-

re ursprüngliche Entscheidung, bei der Musterung den Kriegsdienst zu verweigern, und warten, bis tatsächlich eine Vorbenachrichtigung oder ein Einberufungsbescheid vom Kreiswehersatzamt kommen. Da alle Ratsuchenden auch über die juristischen Abläufe gut informiert sind, birgt dieses Abwarten keinerlei Risiko, schützt sie aber vor persönlicher Benachteiligung.

Andere junge Männer wollen trotz persönlicher Nachteile (Zeit- und Geldverlust), die aus der Ungleichbehandlung resultieren, aus persönlichen oder anderen Gründen den Kriegsdienst verweigern und Zivildienst leisten.

Es ist selbstverständlich, dass wir beide Entscheidungen respektieren und sowohl denen, die abwarten, als auch denen, die gleich verweigern, in gleicher Weise helfen.

Noch ein Wort zu der Entscheidung »abzuwarten« und nicht gleich zu verweigern. Ich kenne den Standpunkt: »Eine Gewissensentscheidung ist eine Gewissensentscheidung und dabei fragt man nicht, ob sie Vorteile oder Nachteile bringt.«

Ich teile jedoch diese Auffassung nicht. Ich halte es für völlig legitim, dass junge Männer – trotz ihrer ethischen Grundüberzeugung als Kriegsdienstverweigerer – auch ihre persönlichen Interessen mitbedenken. Jeder, der früher Kriegsdienstverweigerer zu ihren Verhandlungen begleitet hat, weiß, dass dort unausgesprochen und automatisch immer mit vorausgesetzt wurde, ein Kriegsdienstverweigerer müsse bereit sein, auch Nachteile für seine Gewissensentscheidung in Kauf zu nehmen. Mit dieser Argumentation wurden dann die unerträgliche Gewissensprüfung und die längere Zivildienstzeit quasi stillschweigend gerechtfertigt. Ich tue mir deshalb mit dieser Argumentation sehr schwer und kann sie, ehrlich gesagt, fast nicht mehr hören.

### ■ Die Benachteiligung von Kriegsdienstverweigerern geht weiter

Trotz aller Erleichterungen im Anerkennungsverfahren und der Angleichung des Zivildienstdauer an die Wehrdienstdauer geht die Benachteiligung der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden auch heute munter weiter. Ein großes Ärgernis sind dabei die unterschiedlichen Einberufungszahlen zum Wehrdienst (60.000) und zum Zivildienst (90.000). Genauso inakzeptabel ist es, dass junge Männer, die nicht verweigert haben (also Wehrdienst leisten wollen) und bereits mit dem Studium begonnen haben, weiter studieren können, während Kriegsdienstverweigerer, die Zivildienst leisten müssen, hartnäckig vor Erreichen des dritten Semesters aus dem Studium geholt werden oder geholt werden sollen.

Mann kann leicht nachvollziehen, wie es in einer Beratungsstelle wie bei uns wirkt, wenn 30 bis 40 Leute zusammen sitzen und ihre sehr unterschiedliche Behandlung durch die staatlichen

Behörden schildern. In aller Regel liegt bei den jungen Männern ein hohes Maß an Bereitschaft zu sozialem Engagement in unserer Gesellschaft vor. Genauso sensibel (im negativen Sinne) reagieren sie jedoch, wenn sie feststellen, dass Ungleichbehandlung und Ungerechtigkeit die Grundlage für ihr soziales Engagement bilden. Und wundern darf man sich dann nicht, wenn einige junge Männer zu Mitteln greifen (Stichwort »Rückgabe der KDV-An-

erkennung«), die vielleicht umstritten sind, aber letztlich nur dem Zweck dienen, nicht nachvollziehbare persönliche Benachteiligung und Ungleichbehandlung zu korrigieren.

*Helmut Stein ist Oberstudienrat und ehrenamtlicher Leiter des Maintal-Hochstädter KDV-Beratungsteams.*



## Klaus Pfisterer

# KDV-Statistik 1. Halbjahr 2005

## Weiter sinkende KDV-Antragszahlen

**D**er Abwärtstrend bei den KDV-Zahlen setzte sich im 1. Halbjahr 2005 fort. Die Zahl der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung fiel gegen-

über dem Vorjahreszeitraum um 3,3 Prozent auf 77.256 Anträge (Vorjahr: 79.865).

Monat	Ungediente		Vorbemerkte/Einberufene		Soldaten		Reservisten		Gesamt	
	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004
Januar	16.507	14.523	539	65	242	250	26	50	17.314	14.888
Februar	11.652	13.129	498	150	161	250	27	53	12.338	13.582
März	11.724	14.196	736	9	70	96	42	37	12.572	14.338
April	11.797	14.440	617	212	223	164	22	45	12.659	14.861
Mai	10.308	11.061	732	19	135	184	26	29	11.201	11.293
Juni	10.596	10.777	501	34	48	50	27	42	11.172	10.903
Zwischen-summe	72.584	78.126	3.623	489	879	994	170	256	77.256	79.865
Juli		15.885		88		253		43		16.269
August		9.899		112		194		42		10.247
September		11.659		27		63		30		11.779
Oktober		14.818		215		246		35		15.314
November		11.794		262		154		250		12.460
Dezember		8.092		103		32		2		8.229
<b>Summe</b>		150.273		1.296		1.936		658		154.163

KDV-Anträge 2005; Quelle: Bundesamt für den Zivildienst, Pressestelle, 12.08.2005

Weiter rückläufig ist die Zahl der KDV-Anträge von Ungedienten, die im 1. Halbjahr um 7,1 Prozent gesunken ist. Viele warten wohl erst ihre Musterung ab, ob sie überhaupt tauglich sind. Da rund ein Drittel aller Wehrpflichtigen untauglich gemustert werden, ist diese Vorgehensweise nur zu unterstützen.

Stark angestiegen sind die KDV-Zahlen der Vorbemerkten und Einberufenen, die sich gegenüber dem Vorjahr nahezu um das Achtfache erhöht haben. Gründe für die starke Erhöhung konnten von der BAZ-Pressestelle keine angegeben werden. Gleichwohl nähern sich die Zahlen wieder denen aus den Jahren vor 2002.

Die KDV-Zahlen von Soldaten und Reservisten liegen in etwa auf dem Vorjahresniveau, sind aber so gering, dass sie für die Gesamtentwicklung keine Rolle spielen.

Von der Pressestelle des Bundesverteidigungsministeriums wurden am 17.08.2005 die Musterungszahlen für das 1. Halbjahr 2005 übermittelt. 183.331 Musterungen wurden durch die Vergabe eines Tauglichkeitsgrades abgeschlossen. Davon waren 109.421 wehrdienstfähig (59,7 %), 14.436 vorübergehend nicht wehrdienstfähig (7,9 %) und 59.474 nicht wehrdienstfähig (32,4 %). Vergleichszahlen aus dem Vorjahr liegen keine vor. Legt man jedoch die Gesamtzahlen aus dem Jahre 2004 zum Vergleich zu Grunde, stellt man fest, dass weiterhin mindestens ein Drittel aller Gemusterten untauglich gemustert wird und somit keinerlei Dienst leisten muss.

*Klaus Pfisterer ist KDV-Rechtsbeistand und Mitglied im Vorstand des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg.*

